

Auslandspresses

Neue Zürcher Zeitung

Schicksalsfragen einer Allianz
Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zum Nato-Gipfel in Chicago:

„Europa hat sich bis jetzt nicht dazu durchringen können, mehr für seine Sicherheit zu tun. Es verließ sich darauf, dass Amerika im Notfall eingreifen und dafür tief in die Tasche greifen würde. Solange die amerikanischen Interessen mit den europäischen verzahnt waren und man identischen Bedrohungen ausgesetzt war, gab es aus der Sicht Washingtons daran nicht viel auszusetzen. Aber die USA sind nicht mehr bereit, diese Bürde allein zu tragen. Immer wieder haben sie die Partner zu Korrekturen ermahnt. Und immer wieder mussten sie erfahren, dass die meisten europäischen Länder in beispielloser Lethargie in die nächste Krise schlitterten, um sich dann an die Rockzipfel der Marines und GI zu heften und sich mit amerikanischer Logistik zum Gefecht tragen zu lassen.“

Die Presse

Unkontrolliertes Monopol

Zum Börsengang von der Firma Facebook schreibt die Wiener „Presse“:

„Die Internet-Ökonomie gebiert gerade an allen Wettbewerbs- und Kartellgesetzen vorbei eine Reihe von globalen Quasimonopolen, auf die weder die Wirtschaftspolitik noch die Wirtschaftswissenschaften bisher eine halbwegs vernünftige Antwort wissen. (...) Der nächste nach Weltherrschaft strebende Film bösewicht wäre jedenfalls besser beraten, sich die Kontrolle über die Datenkraken Google und Facebook zu sichern, statt sich an Raketen und Atombomben zu krallen.“

Le Monde

Un atout stratégique

Suite à la rencontre entre Barack Obama et François Hollande, le quotidien français «Le Monde» commente les relations franco-américaines:

«C'est dire que le président américain est au moins autant préoccupé par l'état de la zone euro que par les intentions de M. Hollande en Afghanistan. Les Américains sont tétanisés à l'idée que la sortie de la Grèce de l'euro ne déclenche un séisme financier de l'ampleur de celui de l'été 2008. Voilà ce qu'il dira en priorité au président français. Le dossier Afghanistan se prête au compromis. Washington préférerait que les troupes françaises ne quittent pas ce pays avant la fin 2013. M. Hollande veut un retrait d'ici à la fin 2012. Mais délais et modalités sont aménageables. Ce qui compte le plus pour M. Obama est que Paris s'engage sur une aide financière durable au gouvernement afghan. Il en ira des relations de Washington avec M. Hollande comme il en a été avec Nicolas Sarkozy. Même s'ils n'ont de regards que pour l'Asie-Pacifique et les „émergents“, qui incarnent l'avenir à leurs yeux, les Etats-Unis apprécient encore l'atout stratégique que représentent ces vieux alliés d'une Europe déclinante.»

Internationale Expertenkonferenz über Europa im 21. Jahrhundert

Abtasten neuer Horizonte

Forderungen nach politischer Kohärenz / Aufrufe gegen vorherrschenden Pessimismus

VON JAKUB ADAMOWICZ

Die Banken- und Schuldenkrise hat der Europäischen Union zugesetzt, stellt jedoch den Integrationsgedanken auf dem Alten Kontinent nicht in Frage. Vielmehr sollten sich die EU-Staaten verstärkt selbst erneuern, um sicherzustellen, dass sie auch künftig Modellcharakter für ihre Nachbarn im Osten und Süden haben können. Unter anderem zu diesen Schlussfolgerungen kam eine internationale Expertenkonferenz, die sich am Freitag und Samstag in Luxemburg-Kirchberg mit den Herausforderungen Europas befasst hat.

Ein Hauch von Geschichte wehte vergangenen Freitag durch das Jean-Monnet-Gebäude in Kirchberg. Unter den Teilnehmern des Kolloquiums war auch der frühere Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Zwar war dem Mann, der zur Zeit der Desintegration des einstigen Reichs in Moskau an den Schalthebeln saß, sein hohes Alter von 82 Jahren anzumerken. Er ließ es sich dennoch zur Freude von LIEIS-Direktor Armand Clesse nicht nehmen, eigens für die Expertenkonferenz aus Moskau anzureisen.

Organisiert wurde die Veranstaltung, an der freitags und samstags zahlreiche Akademiker und Politiker aus dem In- und Ausland teilnahmen, vom Luxemburger Institut für Europäische und Internationale Studien und dem von Gorbatschow initiierten „New Policy Forum“ in Kooperation mit der Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg und dem Think Tank „Notre Europe“. Neben der Bewältigung der Schulden- und Bankenkrise in der Eurozone standen auch die Perspektiven der Be-



Russlands Ex-Präsident und Frankreichs Ex-Premier in angeregter Diskussion: Michail Gorbatschow und Michel Rocard mit LIEIS-Direktor Armand Clesse (Mitte). (FOTO: GERRY HUBERTY)

ziehungen EU-Russland und EU-Türkei im Mittelpunkt.

„Korruption bekämpfen“

„Griechenlands Beitritt zur Euro-Zone basierte auf der Annahme, dass die Währungsunion automatisch zu größerer Konvergenz und zu einer politischen Vertiefung der EU führen würde. Beide Annahmen haben sich im Nachhinein als trügerisch herausgestellt“, erläuterte der frühere Generalsekretär des Club of Rome und heutige Ehrenrektor der UN-Friedensuniversität im costaricanischen San José, Martin Lees. In seinen Augen muss sich die EU bei der Krisenbewältigung nicht nur auf die Bankstabilisierung konzentrieren, sondern auch stärker auf die veränderten globalen Realitäten achten: „Der durchschnittliche Angestellte in Südkorea arbeitet pro Jahr über 1 000 Stunden länger als sein Kollege in Deutschland“. Außerdem brauche Europa ein optimistischeres Weltbild.

Mary Kaldor von der London School of Economics erinnerte da-

ran, dass neben der Ausgabenverringering die Bekämpfung der Korruption und die Schaffung tragfähiger Institutionen über die Genesungsaussichten Griechenlands entscheiden: „Strukturreformen müssen vor allem ein Klima schaffen, in dem Innovation und Forschung gefördert werden“.

Auch Luxemburgs langjähriges Mitglied der EG-Kommission, René Steichen, plädierte für die Schaffung tragfähiger staatlicher Institutionen in Griechenland.

Yilmaz: „Der Schein trügt“

Bei der Erörterung der Perspektiven in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU stellte der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz fest, Europa verfüge im Osten und Südosten über keine klar definierten geografischen Grenzen und könne daher als eine Halbinsel auf dem asiatischen Kontinent betrachtet werden. „Bedauerlicherweise findet die falsche Annahme, dass die Interessen der Türkei und der EU zunehmend auseinander driften,

zunehmend Anhänger“, zeigte sich Yilmaz besorgt. Potenziell könnte die Türkei die passive außenpolitische Präsenz der EU im Nahen und Mittleren Osten zum beiderseitigen Nutzen ergänzen. Komplizierte EinreiseprozEDUREN und undurchlässige Grenzen stellen für Yilmaz die größten praktischen Hürden einer weiteren bilateralen Annäherung dar.

„Pessimismus unangebracht“

Wu Jianmin, Präsident der China Foreign Affairs University in Peking, wandte sich gegen den gegenwärtig in weiten Teilen Europas vorherrschenden Pessimismus: „Es gibt keine Kriege mehr zwischen Frankreich und Deutschland. Weite Teile der Welt können viel von Europa lernen“. Wu betonte, ein starkes Europa sei im Interesse Chinas. Auch EU-Justizkommissarin Viviane Reding zeigte sich bezüglich der Zukunft Europas in der Welt optimistisch und forderte eine stärkere Einbindung der Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse der EU.

Gezerre um Chen zwischen China und USA hat ein Ende

Prominenter blinder Bürgerrechtler darf mit Familie in USA ausreisen / Weiter Bangen um verhafteten Neffen

VON FELIX LEE (PEKING)

Nach langem Gezerre ist Chinas blinder Bürgerrechtler Chen Guangcheng mit seiner Familie nun in den USA. Ausgestanden ist die diplomatische Krise aber noch immer nicht. Und auch Chens Neffe schwebt weiter in Gefahr.

Diplomatische Spannungen

Chen Guangcheng ist am Samstagabend mit seiner Familie in New York angekommen. „Ich bin sehr dankbar“, sagte der chinesische blinde Bürgerrechtler kurz nach seiner Ankunft aus Peking. Er würdigte auch, dass die chinesische Regierung „zurückhaltend und ruhig mit der Situation“ umgegangen sei. Chen wird auf Einladung der New York Universität nun ein Jura-Studium beginnen.

Chen war am 22. April seinen Bewachern in seiner Heimatprovinz aus dem Hausarrest entkommen, die ihn nach einer bereits verbüßten Haftstrafe ohne rechtliche Grundlage seit 19 Monaten in seinem Haus festhielten. Ihm ge-



Chen Guangcheng mit seiner Frau Yuan Weijing. (FOTO: AFP)

lang die Flucht in die US-Botschaft in Peking – was diplomatische Spannungen zwischen den beiden Großmächten auslöste. US-Außenministerin Hillary Clinton, die Anfang Mai ohnehin in der chinesischen Hauptstadt zu Besuch war, setzte sich persönlich für ihn ein. Doch nachdem Chen die Botschaft verlassen hatte, bekam er es mit der Angst vor den chinesischen

Behörden zu tun und bat um Exil in den USA.

Mit Chens nun erfolgter Ausreise in die USA findet das seit mehr als drei Wochen andauernde diplomatische Drama zwar ein vorläufiges Ende. Ausgestanden ist die diplomatische Krise zwischen China und den USA aber noch lange nicht. Trotz Einwilligung hat Chinas Regierung deutlich gemacht, dass sie die Aufnahme Chens durch die Amerikaner weiter missbilligt und darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten sieht. Sollte es noch einmal zu einem solchen Fall kommen, werde China sehr viel schärfer reagieren. Entsprechend versuchten am Sonntag die staatlich kontrollierten Medien Chens Ausreise klein zu reden. Die Nachrichtenagentur Xinhua vermeldete nur, dass Chen auf regulärem Wege eine Genehmigung für ein Auslandsstudium erhalten habe.

Unterstützung im Internet

Umso mehr Unterstützung für Chen findet sich hingegen im In-

ternet. „Jeder kann von Chen lernen, was das Land derzeit am meisten benötigt: Hoffnung und die Beharrlichkeit seinen Idealen zu folgen“, twitterte seine Unterstützerin, die in China prominente Netzaktivistin He Peirong. Ein anderer schrieb von einem „Punktsieg für die Menschenrechte“. Vor seiner Haft hatte sich der blinde Aktivist viele Jahre lang für die Opfer von Zwangsabtreibungen im Zuge der Ein-Kind-Politik und gegen Behördenwillkür vor allem bei Landenteignungen eingesetzt – Themen, die bis heute im ganzen Land die Gemüter erregen.

Wegen Behördenwillkür ist die Tortur auch für Chen noch nicht ausgestanden. Wenige Tage nach seiner Flucht hatten lokale Beamte das Haus seines Bruders gestürmt. Als sich der Neffe in Notwehr mit einem Messer wehren wollte, kam es zu Rangeleien. Er sitzt nun in Haft und soll wegen versuchten Mordes verklagt werden. Dafür droht in China die Todesstrafe. Um ihn muss Chen weiter bangen.